

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	10
		TOP:	5
	Verhandlung	Drucksache:	1470/2017
		GZ:	
Sitzungstermin:	05.02.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Stuttgart - Jahresbericht 2017		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 16.01.2018, GRDRs 1470/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zielsetzung der Vorlage sei, umfassend über die Entwicklung der Kindertagesbetreuung, insbesondere in den einzelnen Bezirken, zu informieren, so BMin Fezer. Auf die einführenden Worte verzichtend, teilt sie mit, der Platzausbau im Kleinkindbereich schreite voran. Im Vergleich zum Vorjahr seien 400 Plätze geschaffen worden und seit 2008 rund 460 Plätze im Durchschnitt pro Jahr. Betrachte man diese Größenordnungen, so scheint die bauliche Umsetzung der beschlossenen Vorhaben die größte Aufgabe zu sein. Die Realität zeige jedoch, dass Planung und Umsetzung der Plätze längst nicht mehr das Hauptproblem seien. Vorhandene oder neue geschaffene Plätze stehen aufgrund des Fachkräftemangels oftmals nicht zur Verfügung, so die Vorsitzende. Aufgrund dessen kündige sie eine Mitteilungsvorlage an, die eine Konzeption zur Personalgewinnung vorsehe und auch intensiver die freien Träger mit einbeziehe. Es solle eine trägerübergreifende Innovationswerkstatt initiiert werden, die neue Ideen und Maßnahmen der Personalgewinnung entwickelt.

StRin Ripsam (CDU) fragt nach einer möglichen Werbung in den Stadtbezirken, um bisher ungenutztes Potenzial anzusprechen. Sie stellt eine höhere Geburtenrate und damit einhergehend fehlende Betreuungsplätze fest und erkundigt sich, welche Auswirkungen das höchstinstanzliche Urteil des Bundesgerichtshofs Leipzig auf diese Situation habe (s. heutige Tagesordnung, NNr. 13, TOP 13 Verschiedenes). Auf eine Frage von StRin Ripsam nach dem Rückgang der Platzzahlen im Stuttgarter Westen und in

Sillenbuch (s. Seite 8 der Vorlage) durch Wegfall von Tagespflegeplätzen antwortet Herr Herweg (JugA), im Westen gebe es 80 Plätze in der Kindertagespflege, und wenn diese durch Veränderungen in der Arbeitsaufnahme wegfielen, müsste diese Situation differenziert betrachtet werden. Als Aufhänger der Versorgungssituation im Bezirk Möhringen (s. Seite 39 der Vorlage) bittet StRin Ripsam die Verwaltung bis zur Sommerpause um eine stadtweite Darstellung, wie viel Leerstand sich durch fehlendes Personal begründen lasse. Frau Dr. Heynen (JugA) sagt eine Vorlage mit Eckdaten zu.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) bedankt sich wie bereits seine Vorrednerin für die aufbereiteten Daten. Der Ausbau der Betreuung sowie die frühkindliche Bildung in der Kita seien Rahmenbedingungen des guten Aufwachsens in Stuttgart. Für die Verbesserung der Personalsituation schlägt der Stadtrat interprofessionelle Teams vor, um außerhalb der ausgetretenen Pfade Überlegungen anzustellen, wie Personal gefunden werden könnte. Bei den 3- bis 6-Jährigen müssten zudem Kapazitäten geschaffen werden, da die 0- bis 3-Jährigen dieses Alter über kurz oder lang erreichten. Die 3- bis 6-Jährigen werden im Blick gehalten, so Frau Wagner (JugA). Bei der Planung werden grundsätzlich die Bedarfe der 3- bis 6-Jährigen berücksichtigt, zumal die Entwicklung der Kinderzahlen auf den 0- bis 3-Jährigen fuße. Der Versorgungsgrad von 104 % solle für den benötigten Puffer gehalten werden, um eine gesicherte Versorgung vorzusehen.

Zu den geflüchteten Kindern im Bereich der 3- bis 6-Jährigen stellt StR Lazaridis 69 Kinder fest, die nicht versorgt seien. Über das Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" werde im Jugendhilfeausschuss berichtet, verspricht Frau Dr. Heynen auf Anregung von StR Lazaridis. Zum geplanten Rechtsanspruch in der Schulkindbetreuung spricht StR Lazaridis von Konsequenzen, die auf die Stadt sowie das Land zukämen. Hierzu äußert Frau Dr. Heynen, wenn die Schulkindbetreuung komme, werde es eine rund 10- bis 15-jährige Versorgungsentwicklung geben, da zurzeit etwa 48 % der Schulkinder nachmittags versorgt seien. Bei der jetzigen Versorgungsquote von 47,9 % fragt StR Lazaridis nach der geplanten Zielgröße für Stuttgart, um eine flächendeckende Betreuung zu ermöglichen. Wie bereits seine Vorrednerin interessiert StR Lazaridis und StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) der Mangel an Betreuungsplätzen, die aufgrund der fehlenden Räumlichkeiten - u. a. wie in Stuttgart-West - festgestellt werden. StR Walter fragt nach, wie in diesem Bezirk ein Versorgungsgrad von 100 % erreicht werden könne, und regt in diesem Zusammenhang an, bei städtebaulichen Maßnahmen müsste der Betreuungsbedarf von Anfang an mitgedacht werden. Hierzu unterrichtet Frau Dr. Heynen, die Versorgungssituation werde in den angrenzenden Stadtbezirken überprüft, und es werde versucht, die Ergebnisse in die Planung aufzunehmen. Diese Gemengelage sei allerdings grundsätzlich schwierig.

StRin Vowinkel (SPD) möchte wissen, ob die fehlenden Kitaplätze aus dem Personal- sowie Raummangel herrühren und in welchen Quartieren sie zu finden seien. Darüber hinaus würden Öffnungszeiten verkürzt und Aufnahmestopps realisiert, um dem Personalmangel entgegenzuwirken, stellt sie fest. StRin Vowinkel regt Aufstockangebote für Teilzeit-Erzieherinnen, gleiche Tarifstrukturen in Horten und Schülerhäusern und die Verlängerung von Tarif Plus an. Darüber hinaus fragt sie, ob eine Rangfolge bei der Personalaufstockung in den Kitas nach Sozialdatenaspekten erfolge. Der Bedarf bei den 0- bis 3-Jährigen, informiert Frau Wagner, werde durch den Wartelistenabgleich ermittelt. Dabei werden die Prioritäten der Bezirke berücksichtigt und weniger nach dem Sozialdatenatlas vorgegangen. Im Bezirk Stuttgart-West stehen keine Räumlichkeiten zur Verfügung. Selbst freie Träger fänden keine entsprechenden Räume. Im Rahmen von Bebauungsgebieten werde geschaut, ob mehr Gruppen - wie aktuell im Olga-

Areal - geplant werden könnten. Zu der Situation von 200 Fehlplätzen in Stuttgart-Möhringen erwähnt Frau Wagner, diesen würden bereits 100 beschlossene Plätze gegenüberstehen. Bei den Prüfaufträgen, die an das Liegenschaftsamt gerichtet seien, gebe es keine kurzfristigen Lösungen.

Wie bereits ihre Vorrednerinnen und Vorredner bittet StRin Vowinkel die Verwaltung um eine entsprechende Vorlage, die diese Thematik abdeckt. StRin von Stein (FW) meint aufgrund der hohen Kinderzahlen, einem Plus von 1.800 Kindern gegenüber dem Vorjahr, werde es schwierig, diese Herausforderung zu bewältigen. Jungen Eltern müssten trotz der kaum machbaren Situation die Bemühungen der Stadt Stuttgart bekanntgemacht werden. Der Fachkräftemangel liege auch in der demografischen Entwicklung begründet, bemerkt StRin von Stein. Auf ihre Bitte nach einer entsprechenden Vorlage, wie viele Eltern bezüglich des Personalmangels von verkürzten Öffnungszeiten betroffen seien, antwortet Frau Dr. Heynen, eine entsprechende Vorlage bedeute einen hohen Arbeitsaufwand, und es sei fraglich, ob entsprechende Daten weiterhelfen würden. Die Verwaltung käme wie bereits in den vergangenen Jahren zu derselben Feststellung, dass aus gesundheitlichen Gründen sowie dem Nichtbesetzenkönnen von Stellen Randzeiten gekürzt würden.

Die Stadt Stuttgart habe alles Mögliche getan, um den Ausbau voranzubringen, stellt StR Klingler (AfD) fest. Dies sei an den absoluten Zahlen erkennbar. Herr Schulze-Gronemeyer erwähnt, Bildung, Erziehung und Betreuung werde in den Kitas geleistet. Der Bedarf der Öffnungszeiten werde von den Eltern vorgegeben. Inwieweit Kindertagespflege stärker ausgebaut werden könne, fragt Herr Schulze-Gronemeyer nach. Herr Wohlfahrt äußert sich wie auch seine Vorredner positiv zur Vorlage, in der die vorhandenen neben nicht belegbaren Plätzen sichtbar seien. Im Bezirk Stuttgart-Nord gebe es eine Kita, die 8-gruppig geplant gewesen sei und seit Jahren leer stehe. Auf Seite 38 der Vorlage werde auf beschlossene Betreuungsplätze, die sich noch in Umsetzung befänden, hingewiesen. Diese Situation sei für ihn nicht nachvollziehbar, wenn auf Seite 3 der Vorlage stehe, 170 Plätze für unter 3-Jährige seien nicht belegbar, und alleine in der besagten Einrichtung könnten 70 Plätze nicht belegt werden. Wann mit den Herausforderungen begonnen werde, möchte Herr Wohlfahrt wissen. Wie bereits einige Stadträte zuvor äußert auch Frau Dr. Heynen: "Und jährlich grüßt das Murmeltier". Sie bemerkt an Herrn Wohlfahrt gerichtet, die Quantität und Qualität der Versorgungssituation haben sich enorm verbessert, weshalb sie wie schon die Vorsitzende die Kritik zurückweise. Herr Herweg macht deutlich, 500 Kitaplätze, die zusammengenommen beim städtischen und den freien Trägern vorhanden seien, stünden nicht zur Verfügung, da es kein Personal gebe. Etwa 2.009 Plätze im Kleinkindbereich seien bereits in der Pipeline, sofern diese baulich realisiert werden könnten. Wenn diese umgesetzt würden, ergäbe sich ein Fehlbedarf von 900 Plätzen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 1470/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
OB-KB
 3. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 4. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 5. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN